



Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: Dezember/december 2016 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Handeln des Gesellschafters an der Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft
- > Neuigkeiten im Recht der Handelsgesellschaften, gültig ab dem 1.1.2017
- > Vorbereitete Änderung der Essensgeldsatzungen bei Dienstreisen

Steuern aktuell

- > Änderungen in der slowakischen Steuerlegislative ab dem 1. Januar 2017

Wirtschaft aktuell

- > IFRS 15
- > Möglichkeiten der Korrektur von Fehlern im Jahresabschluss

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Konanie spoločníka na valnom zhromaždení spoločnosti
- > Novinky v práve obchodných spoločností účinné od 1.1.2017
- > Pripravovaná zmena sadzieb stravného pri služobných cestách

Dane

- > Zmeny v slovenskej daňovej legislatíve od 1. januára 2017

Ekonomika

- > IFRS 15
- > Možnosti opráv chýb v účtovnej závierke

Recht aktuell

- > Handeln des Gesellschafters an der Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft

Von **Silvia Podlipná**, Rödl & Partner Bratislava

Die Einberufung und Verlauf der Gesellschafterversammlung (GV) einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist in der Praxis standardmäßig und auch wenn die rechtliche Regelung im Handelsgesetzbuch nicht sehr umfangreich ist, kann angeführt werden, dass wir im praktischen Leben keinen wesentlichen rechtlichen Komplikationen begegnen. Gegenwärtig existiert bereits eine umfangreiche Rechtsprechung slowakischer Gerichte (beziehungsweise auch tschechischer Gerichte), regelnd die Erfordernisse der Einberufung der GV, der Vertretung an der GV oder der Ungültigkeit der Beschlüsse der GV. Trotzdem kann es auch im Falle der Gesellschafterversammlung im Rahmen ihrer Handlung zu interessanten bis kuriosen Situationen kommen, z. B. bei der Abstimmung eines Gesellschafters, der eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung darstellt und in dessen Namen mehrere Geschäftsführer handlungsberechtigt sind.

Falls der Gesellschaftsvertrag nichts Anderweitiges festlegt, wird die GV mittels schriftlicher Einladung mindestens 15 Tage vor dem Termin der Abhandlung einberufen; d.h. die Einladung muss den Gesellschaftern so zugestellt werden, damit zwischen ihrer Zustellung und dem Termin der GV eine Frist von mindestens 15 Tagen eingehalten wird. Die Einladung muss auch die vorgeschlagene Tagesordnung der GV beinhalten. An der GV kann der Gesellschafter direkt, d.h. persönlich oder indirekt, d.h. mittels eines schriftlich bevollmächtigten Vertreters teilnehmen. Das Handelsgesetzbuch setzt ausdrücklich fest, dass der Vertreter des Gesellschafters weder der Geschäftsführer der Gesellschaft, noch das Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft sein darf. In diesem Zusammenhang ist jedoch z. B. der Prokurist der Gesellschaft nicht ausgeschlossen.

Das Stimmrecht an der GV übt also der Gesellschafter (nach der Anzahl der ihm zustehenden Stimmen) ebenfalls persönlich oder mittels eines Bevollmächtigten aus. Die persönliche Vertretung des Gesellschafters im Falle einer juristischen Person als Gesellschafter bedeutet, dass an der GV das Statutarische Organ bzw. Mitglied/Mitglieder des statutarischen Organs oder eine andere im Namen des Gesellschafters handlungsberechtigte Person teilnehmen. Die Berechtigung konkreter Personen, im Namen des Gesellschafters zu handeln, muss nach den internen Vorschriften des Gesellschafters und der Eintragung der Handlungsart im betreffenden Handelsregister bewertet werden. In diesem Sinne können Mitglieder des statutarischen Organs des Gesellschafters berechtigt sein, jedes selbständig zu handeln oder es kann die gemeinsame Handlungsart von zwei oder mehreren Geschäftsführern oder Prokuristen festgesetzt sein.

Im Falle der persönlichen Teilnahme des Gesellschafters an der GV im Sinne des oben Angeführten können die folgenden Modellsituationen eintreten:

Der Gesellschafter hat mehrere Geschäftsführer ernannt, wobei an der GV für ihn zwei seiner Geschäftsführer teilnehmen. Über die vorgeschlagenen Beschlüsse stimmt der Gesellschafter ab, wodurch er seinen Willen äußert, ein Geschäftsführer stimmt jedoch für die Annahme des Beschlusses, der zweite Geschäftsführer stimmt jedoch gegen die Annahme (bzw. enthält sich der Stimmabgabe), wobei:

- > der Gesellschafter im ersten Falle die gemeinsame Handlung von min. 2 Geschäftsführern festgesetzt hat;
- > der Gesellschafter im zweiten Falle mehrere Geschäftsführer hat, von welchen jeder selbständig handeln kann.

Ist eine solche Stimmabgabe des Gesellschafters gültig?

Eine direkte Antwort gewährt weder das Handelsgesetzbuch im Rahmen der Regelung der Gesellschafterversammlung, noch die zugängliche Rechtsprechung slowakischer Gerichte.

In Falle Nr. 1, d.h. bei gemeinsamer Handlung von min. 2 Geschäftsführern kann unserer Ansicht nach die gegebene „Willensäußerung“ so gedeutet werden, dass es zu keiner gültigen und wirksamen Stimmabgabe gekommen ist, da es keine ausreichende Anzahl an identischen Stimmen der Gesellschafter für oder gegen die Annahme des Beschlusses gibt. Wir neigen zur Ansicht, dass die Willensäußerung im Einklang mit der aus dem Gesellschaftervertrag stammenden Handlungsart des Gesellschafters und der Eintragung im betreffenden Handelsregister stehen sollte. Das Angeführte ist unserer Ansicht nach auch in dem Falle anwendbar, wenn es gegenwärtig keine etablierte Rechtsansicht zur Frage gibt, ob das Handeln des Gesellschafters an der GV eine Rechtshandlung ist oder nicht. Es existiert eine relevante Rechtsansicht – begründet vor allem durch die Judikatur des tschechischen Obersten Gerichtes, dass es sich um keine Rechtshandlung handelt,

auch der Beschluss der GV selbst als keine Rechtshandlung betrachtet werden kann; andererseits können an beide „Äußerungen“ – Abstimmen und Beschluss der GV – ähnliche Anforderungen wie an eine Rechtshandlung gestellt werden, d.h. sie müssen vor allem bestimmt, verständlich, frei und ernsthaft sein

Im Falle Nr. 2 ist die Situation noch mehr kompliziert – jeder Geschäftsführer ist berechtigt, im Namen des Gesellschafters selbständig zu handeln und damit durch sein Handeln die vorgesehenen Auswirkungen der Annahme oder Ablehnung des Beschlusses hervorzurufen. In der Situation, wo einer der Geschäftsführer für die Annahme und der andere gegen die Annahme abstimmen würde, ist es ersichtlich, dass ein solches Ergebnis der Abstimmung untragbar ist und die Abstimmungen sich gegeneinander verneinen. Es ist ebenfalls offensichtlich, dass der Gesellschafter das Stimmrecht nicht über den Rahmen der ihm zustehenden Stimmen heraus ausüben kann, also während einer Abstimmung zweimal oder mit der „doppelten“ Stimmanzahl abzustimmen. Andererseits, wenn man die erste und auch zweite Abstimmung separat betrachtet, wären diese selbst gültig, nebeneinander können sie jedoch nicht bestehen. Wir nehmen zugleich an, dass sich die Gültigkeit der Abstimmung im Prinzip nicht nur von der Reihenfolge abwickeln sollte, d.h. ob zuerst für die Annahmen des Beschlusses oder gegen die Annahme abgestimmt wird, auch wenn die „in der Reihenfolge zweite“ Abstimmung in der konkreten Situation nicht mehr in Betracht genommen werden sollte.

Damit die Tagung der GV und die darin gefassten Beschlüsse keinem Risiko eines Verfahrens auf Ungültigkeit ausgesetzt sind, sollte es im Interesse der Geschäftsführung bei der Organisation der GV, als auch der Gesellschafter selbst stehen, solchen Situationen vorzubeugen und falls möglich, eine betreffende Regelung im Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft aufzunehmen. Das gilt vor allem, falls der Eigentümer des Gesellschafters ein „joint – venture“ ist und jede Interessengruppe einen eigenen Statutar ernannt hat und es vorkommen kann, dass es im konkreten Falle zu einem Interessenkonflikt kommt. Die Lösung könnte z. B. sein, bei der Registrierung die Teilnahme an der GV nur einem Geschäftsführer zu bewilligen („first come first go“), bzw. es wäre ideal, wenn der teilnehmende Geschäftsführer des Gesellschafters eine durch den „joint venture“ genehmigte interne Anweisung zur Art der Stimmabgabe zu den vorgeschlagenen Punkten der Tagesordnung an der einberufenen GV der Gesellschaft haben würde.

> Neuigkeiten im Recht der Handelsgesellschaften, gültig ab dem 1.1.2017

Von Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava

Durch die Novelle des Handelsgesetzbuches (Gesetz Nr. 389/2015) wird mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2017 die neue rechtliche Regelung, bezüglich der (i) Vereinbarun-

gen zwischen Gesellschaftern (ii) der neuen Rechtsform der Handelsgesellschaft – einfacher Gesellschaft zu Aktien, abgekürzt „e.G.A.“ eingeführt.

Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern

Die neu eingeführte Bestimmung von § 66c HGB ist ziemlich kurz. Das Gesetz ermöglicht, damit die Gesellschafter einer Gesellschaft schriftlich ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten, stammend aus ihrer Beteiligung an der Gesellschaft, vereinbaren können. Der Gegenstand einer solchen Vereinbarung kann vor allem das Folgende sein:

- Art und Bedingungen der Ausübung der mit der Beteiligung an der Gesellschaft verbundenen Rechte,
- Art der Ausübung der mit der Verwaltung und der Führung der Gesellschaft zusammenhängenden Rechte,
- Bedingungen und Umfang der Beteiligung an den Änderungen des gezeichneten Kapitals und
- Nebenabreden, zusammenhängend mit der Übertragung der Beteiligung an der Gesellschaft.

Der Widerspruch des Beschlusses des Organs der Gesellschaft mit der Vereinbarung zwischen Gesellschaftern hat nicht dessen Ungültigkeit zur Folge.

Einfache Gesellschaft zu Aktien

Es handelt sich um eine neue Rechtsform der Handelsgesellschaft. Im Sinne der ursprünglichen Novelle des HGB stellt die einfache Gesellschaft zu Aktien eine Hybridform der Kapitalhandelsgesellschaft, verbindend einige Elemente der GmbH und auch der AG. Auf die neue Form der Handelsgesellschaft werden sich mehrere gesetzliche Bestimmungen über die private Aktiengesellschaft beziehen, es wird sich jedoch um keinen Subtyp der Aktiengesellschaft handeln. Der Zweck der neuen rechtlichen Regelung ist die Bildung einer Form der Handelsgesellschaft, die komplexe Lösungen für Investoren von vor allem mehr risikoreichen Investitionen ermöglicht, z. B. in Startups, als Unternehmensinitiativen mit einem hohen Innovations- und Wachstumspotential, die die notwendigen Bedingungen für die Erhaltung von Finanzierungen mittels Banken jedoch nicht erfüllen. Diese soll flexible Einstellungen des Eintritts des Investors, der Koexistenz mit den Eigentümern und des Ausstiegs des Investors über den Rahmen dessen ermöglichen, was die bestehenden Formen von Handelsgesellschaften gegenwärtig ermöglichen.

Eine einfache Gesellschaft zu Aktien ist eine Gesellschaft, deren Stammkapital in eine gewisse Anzahl an Aktien mit einem gewissen Nennwert aufgeteilt ist. Die Gesellschaft haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, die Aktionäre haften nicht für Verbindlichkeiten. Die e.G.A. muss ein Stammkapital in der Höhe von mindestens **1,- (einem) Euro haben**.

Die Aktien der Gesellschaft können nur in **verbuchter Form sein und nur auf den Namen lauten**. Mit den

Aktien der Gesellschaft sind Rechte des Aktionärs als Gesellschafters verbunden, sich gemäß Gesetz und der Satzung der Gesellschaft an ihrer Führung, Gewinn und am Liquidationssaldo nach der Auflösung der Gesellschaft mit Liquidation zu beteiligen.

Die Gesellschaft kann Stammaktien und Aktien mit Sonderrechten herausgeben. Sonderrechte können vor allem in der Bestimmung des Folgenden bestehen:

- des Umfangs des Anspruchs auf den Gewinnanteil oder am Liquidationssaldo anders als im Aliquotanteil des Wertes der Aktien zum Nennwert der Aktien aller Aktionäre: der Umfang des Anspruchs kann als fest, Vorzugs- oder untergeordnet bestimmt werden,
- der Anzahl der Stimmen des Aktionärs anders als durch das Verhältnis des Nennwertes der Aktien zur Höhe des Stammkapitals,
- des Umfangs des Rechtes auf Gewährung von Informationen über die Gesellschaft.

Die Satzung kann die Übertragbarkeit der Aktien oder einiger Arten von Aktien der Gesellschaft einschränken oder ausschließen; die Aktien mit einer auf solche Art und Weise eingeschränkten oder ausgeschlossen Übertragbarkeit unterliegen einem angepassten Sonderregime.

In der Vereinbarung der Aktionäre gemäß § 66c ("Aktionärsvertrag") können die Aktionäre der einfachen Gesellschaft zu Aktien die neu verankerten Rechte des Aktionärs vereinbaren:

- sich der Aktienübertragung anschließen („tag-along“ right)**, das den Aktionär (Berechtigten) berechtigt, sich der Übertragung der Aktien eines Aktionärs anzuschließen und seine Aktien zusammen mit den Aktien eines anderen Aktionärs (Verpflichtete) zu übertragen.
- die Aktienübertragung zu erfordern („drag-along“ right)**, das den Aktionär (Berechtigten) berechtigt, von einem anderen Aktionär (Verpflichteten) zu erfordern, damit dieser zusammen mit der Übertragung der Aktien des Berechtigten seine eigenen Aktien auf einen Dritten zu übertragen.
- den Aktienerwerb zu erfordern („shootout“)**, welches den Aktionär (Berechtigten) berechtigt, den Preis einer Aktie zu bestimmen und von einem anderen Aktionär (Verpflichteten) zu erfordern, auf ihn die Aktien zu diesem bestimmten Preis zu übertragen. Als Berechtigter gilt der Aktionär, der als erster seinen Antrag samt Preisbestimmung für eine Aktie einem anderen Aktionär zustellt. Falls der Verpflichtete den vorgelegten Vorschlag des Berechtigten innerhalb der im Aktionärsvertrag festgesetzten Frist und auf die darin festgesetzte Art und Weise nicht annimmt, gilt, dass er unter denselben Bedingungen verpflichtet ist, die Aktien vom Berechtigten zu erwerben.

Das Tag-Along-Recht und das Drag-Along-Recht können im Aktionärsvertrag auch als Rechte vereinbart werden,

die im Zentraldepot registriert werden. In solchem Falle wird eine notarielle Niederschrift notwendig sein, diese Rechte werden keiner Verjährung unterliegen und werden auch gegenüber den Rechtsnachfolgern Auswirkungen haben. Mit einer Aktie kann nur ein Vorkaufsrecht, ein Recht, sich der Übertragung anzuschließen, ein Recht, die Übertragung zu erfordern und ein Recht, den Aktienwerb zu erfordern, verbunden sein.

Die Organe der e.G.A. sind (i) die Generalversammlung, (ii) der Vorstand, wobei die Mitglieder auf eine unbestimmte Dauer ernannt werden können und (iii) fakultativ kann auch ein Aufsichtsrat bestellt werden.

Die Gesellschaft wird neben allen im HGB angeführten allgemeinen Gründen auch durch (i) einen Gerichtsbeschluss oder (ii) aus den in der Gründungsurkunde, dem Gründungsvertrag oder der Satzung angeführten Gründen aufgelöst. Die Verschmelzung einer einfachen Gesellschaft zu Aktien mit einer Aktiengesellschaft, bei der die einfache Gesellschaft zu Aktien erlischt und ihr Kapital auf die Aktiengesellschaft übergeht, wird zugelassen. Die Rechtsform der einfachen Gesellschaft zu Aktien kann nur in die Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Rechtsform der Handelsgesellschaft oder einer Genossenschaft kann nicht in die Rechtsform der einfachen Gesellschaft zu Aktien umgewandelt werden.

Kontakt für weitere Informationen



Silvia Podlipná

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

> Vorbereitete Änderung der Essensgeldsatzungen bei Dienstreisen

Von **Ján Beleš**, Rödl & Partner Bratislava

Gegenwertig befindet sich im Zwischenressort-Anhörungsverfahren die Vorbereitung der Maßnahme des Ministeriums für Arbeit, Familie und Soziales, auf Grundlage welcher es ab dem 1. Dezember 2016 zu einer Änderung der Essensgeldsatzungen bei inländischen Dienstreisen kommen sollte.

Neue Satzungen, die am 1.12.2016 in Kraft treten sollten:

Bei Dienstreisen im Umfang:
von 5 bis 12 Stunden 4,50 Euro

von 12 bis 18 Stunden 6,70 Euro
von 18 Stunden 10,30 Euro

Die angeführte Änderung wird auch eine Anpassung der Höhe des Essensgeldes für Arbeitnehmer zur Folge haben. Im Falle der Verabschiedung der oben angeführten Änderungen kann der Wert der Essensmarken auf 4,50 Euro erhöht werden. Der Mindestwert einer Essensmarke, der bislang 3,15 Euro betrug, wird in diesem Falle auf 3,38 Euro erhöht.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Steuern aktuell

> Änderungen in der slowakischen Steuerlegislative ab dem 1. Januar 2017

Von **Peter Alföldi, Juraj Horniak**,
Rödl & Partner Bratislava

1. Novelle des Umsatzsteuergesetzes

In der Gesetzessammlung der Slowakischen Republik wurde die Novelle des Umsatzsteuergesetzes veröffentlicht, die mit Wirksamkeit ab dem 1. Januar 2017 die folgenden Änderungen mit sich bringt:

Inländische Übertragung der Steuerschuld bei der Lieferung von Bauarbeiten

Der Zweck der Novelle ist die Abschaffung der Anwendungsprobleme, die die Einführung der Übertragung der Steuerpflicht bei der Lieferung von Bauarbeiten bzw. bei der Lieferung von Ware samt Installation und Montage zwischen zwei slowakischen USt.-Zählern mit sich gebracht hat.

Die Gesetzesnovelle bringt eine Minderung der Verwaltungsbelastung, verbunden mit der Prüfung der Richtigkeit der Einordnung der Tätigkeit im Sinne der CPA-Klassifizierung und eine Erhöhung der Rechtssicherheit sowohl für den Lieferanten, als auch für den Abnehmer

von Bauarbeiten / Ware samt Installation oder Montage mit sich. Falls der Lieferant – USt.-Zahler eine Rechnung ausstellt, in der er auf Grundlage einer begründeten Annahme die Information über die Übertragung der Steuerpflicht anführt, ist der Leistungsempfänger- USt.-Zahler verpflichtet, aus dieser Information auszugehen (d.h. der Empfänger ist die zur Steuerzahlung verpflichtete Person). In solchem Falle wird der Abnehmer nicht verpflichtet sein, zu prüfen, ob die in Rechnung gestellten Arbeiten Bauarbeiten darstellen bzw. ob es sich tatsächlich um die Lieferung von Ware samt Installation oder Montage handelt.

Im Zusammenhang mit dieser rechtlichen Regelung hat das Finanzministerium der Slowakischen Republik ein neues Muster der Kontrollmeldung zur USt. herausgegeben, welches zum ersten Mal für den Veranlagungszeitraum Januar 2017 bzw. das erste Vierteljahr 2017 verwendet wird. Der USt.-Zahler, der eine solche Lieferung durchführt (Leistungen im Bereich des Bauwesens mit der Übertragung der Steuerpflicht gewährt), wird verpflichtet sein, Angaben aus der gegenständlichen Rechnung in den Teil A.2. der Kontrollmeldung anzuführen (und zwar auch obwohl er diese in der Steuererklärung nicht anführen wird).

Ersatzleistung für die Einbehaltung des übermäßigen Abzugs während einer Steuerprüfung

Falls dem Steuerzahler aus dem Grund des Andauerns der Durchführung einer Steuerprüfung der Vorsteuerüberschuss nicht innerhalb von sechs Monaten ab dem letzten Tag der Frist zur Rückerstattung des Vorsteuerüberschusses zurückerstattet wird, wird dem Steuerzahler eine Ersatzleistung für die Einbehaltung des Vorsteuerüberschusses (Zins aus dem Vorsteuerüberschuss) zuerkannt. Die Höhe des Zinses wickelt sich vom Betrag des zurückerstatteten Vorsteuerüberschusses und von Zinssatz der EZB ab; die Mindesthöhe des Zinses beträgt jedoch 1,5 % p.a. pro Tag ab dem Tag des Ablaufens von 6 Monaten ab dem Ablauf der Frist für die Rückerstattung des Vorsteuerüberschusses bis zum Tag dessen Rückerstattung. In Anknüpfung an die Änderung der Höhe des zurückerstatteten Vorsteuerüberschusses kann die Höhe des Zinses erhöht oder verringert bzw. aufgehoben werden. Keinen Anspruch auf den Zins aus dem Vorsteuerüberschuss hat der Steuerzahler im Falle einer Steuerprüfung, die bis zum 31. Dezember 2016 beendet sein wird.

Aufschub Übertragung der Steuerschuld bei der Wareneinfuhr aus Drittländern

Die Novelle des USt.-Gesetzes schiebt erneut die Wirksamkeitserlangung der Übertragung der Steuerschuld bei der Wareneinfuhr aus Drittländern auf. Der konkrete Termin der Wirksamkeitserlangung dieser Bestimmung wird anhand der Entwicklung der oberen Grenze der Schuld der öffentlichen Verwaltung der Slowakischen Republik und der aktuellen Entwicklung der Schuld der öffentlichen Verwaltung der Slowakischen Republik festgesetzt.

2. Novelle des Einkommensteuergesetzes

In den kommenden Tagen wird die Veröffentlichung der Novelle des Einkommensteuergesetzes in der Gesetzesammlung der Slowakischen Republik erwartet, die mit Wirksamkeit vom 1.1.2017, vom 1.2. 2017 und vom 1.1.2018 Änderungen in den folgenden Bereichen mit sich bringen sollte:

Verringerung des Körperschaftssteuersatzes

Beginnend mit dem 1.1.2017 wird es zur Verringerung des Körperschaftssteuersatzes von 22 % auf 21 % kommen. Der angeführte Satz wird auf alle nach diesem Datum anfangenden Veranlagungszeiträume angewandt.

Aufhebung der Steuerlizenz (des Mindestbetrages der Steuer)

Beginnend mit dem 1.1.2018 werden Steuerlizenzen aufgehoben. Im Sinne der bis zum 31.12.2017 gültigen Fassung des Gesetzes wird im Falle von spätestens bis zu diesem Datum endenden Veranlagungszeiträumen vorgegangen. Das bedeutet, dass Gesellschaften die Steuerlizenz zum letzten Mal für das Jahr 2017 bezahlen werden, falls ihr Veranlagungszeitraum das Kalenderjahr ist. Falls sie das Geschäftsjahr als ihren Veranlagungszeitraum geltend machen, werden sie die Steuerlizenz zum letzten Mal für den im Verlauf des Jahres 2018 endenden Veranlagungszeitraum bezahlen.

Besteuerung der Gewinnanteile (Dividenden)

Wie wir Sie bereits in unserem Mandantenbrief für September informiert haben, wird durch die Novelle des Einkommensteuergesetzes die Einführung der Besteuerung der Gewinnanteile (Dividenden) inklusive der Anteile am Liquidationssaldo, der Ausgleichsquoten und Anteile am Gewinn stiller Gesellschafter vorgeschlagen.

Die neuen Regeln für die Besteuerung der Dividenden werden Dividenden betreffen, die aus Gewinnen, ausgewiesen für frühestens am 1.1.2017 beginnende Veranlagungszeiträume, als auch aus Dividenden, ausgewiesen für Veranlagungszeiträume bis zum 31.12.2003, ausgezahlt werden.

Natürliche Personen

Dividenden werden ab dem Jahr 2017 im Falle von natürlichen Personen zum Satz von 7 % bzw. zu einem niedrigeren Steuersatz gemäß dem Doppelbesteuerungsabkommen und dem Satz von 35 % (im Falle eines Nicht-Vertragsstaates) wie folgt besteuert:

- > Falls die slowakische Gesellschaft Dividenden an natürliche Personen auszahlen wird, wird sie bei der Auszahlung die Steuer zum Satz von 7 % bzw. zu einem niedrigeren Satz gemäß dem Doppelbesteuerungsabkommen einbehalten. Ähnlich, wenn sie Divi-

denden an natürliche Personen, die Steuerresidenten von Nicht-Vertragsstaaten sind, auszahlen wird, wird der die Dividenden auszahlende slowakische Steuerzahler eine Quellensteuer von 35 % geltend machen.

- > Durch natürlich Personen – slowakische Residenten – aus Quellen im Ausland (aus einem jeglichen Staat) angenommene Dividenden werden in die Steuererklärung einbezogen, wo sie in die selbständige Besteuerungsgrundlage eintreten, welche zum betreffenden Satz von 7 % bzw. zum Satz von 35 %, falls diese aus einem Nicht-Vertragsstaat stammen, besteuert wird.

Juristische Personen

Dividenden, ausgezahlt durch eine Gesellschaft mit Sitz in der Slowakei an eine Gesellschaft (juristische Person), die ein slowakischer Resident oder der Resident eines Vertragsstaates ist, als auch Dividenden, angenommen durch eine slowakische Gesellschaft von einer Gesellschaft, die ein slowakischer Resident oder der Resident eines Vertragsstaates ist, werden auch weiterhin weder der Einkommensteuer, noch der Quellensteuer unterliegen.

Den Gegenstand der Körperschaftssteuer werden ab dem 1.1.2017 nur Dividenden, die sich für juristische Personen aus/in Nicht-Vertragsstaaten ergeben, zum Satz von 35 % darstellen.

Pauschalaufwand

Ab dem Jahr 2017 wird der Prozentsatz des Pauschalaufwandes bei natürlichen Personen von 40 % auf 60 % aus der Gesamtsumme der Einkünfte erhöht. Die Monatsgrenze (420 Euro) wird aufgehoben und die Jahresgrenze für den Pauschalaufwand wird von 5 040 Euro auf 20 000 Euro erhöht.

3. Novelle der Steuerordnung

In der Novemberausgabe des Mandantenbriefes bringen wir Ihnen eine Übersicht der Änderungen, die die Novelle der Steuerordnung mit sich bringt. Die Novelle wird am 1.1.2017 in Kraft treten. **Aufforderung zur Behebung der Mängel in der Steuererklärung**

Falls die durch das Steuersubjekt eingereichte Steuererklärung Mängel enthalten wird, wird der Steuerverwalter das Steuersubjekt zu ihrer Behebung auffordern.

Falls das Steuersubjekt die betreffenden Mängel innerhalb der festgelegten Frist nicht behebt, wird die weitere Vorgehensweise des Steuerverwalters davon abhängen, ob diese Mängel Einfluss auf die Höhe der Steuerpflicht (oder die Höhe des Anspruchs des Steuersubjekts) haben.

- > bei Mängeln, die Einfluss auf die Höhe der Steuerpflicht haben, wird der Steuerverwalter eine Steuerprüfung beim Steuersubjekt einleiten oder die Steuer durch eine Veranlagungsanordnung in einem sog. verkürzten Veranlagungsverfahren auferlegen. Der

Steuerverwalter wird in solchem Falle nicht mehr berechtigt sein, die Steuer nach Hilfsmitteln zu veranlagern.

- > bei Mängeln, die keinen Einfluss auf die Höhe der Steuerpflicht haben, wird der Steuerverwalter die Mängel selbst beheben, falls er über die Angaben zu ihrer Behebung verfügt.

Ab dem Tag der Zustellung der Aufforderung zur Behebung der Mängel bis zu ihrer Behebung (oder ab dem Tag der Rechtsgültigkeitserlangung der Veranlagungsanordnung) wird die Frist für die Rückerstattung der Überzahlung des Steuersubjekts nicht verlaufen.

Verkürztes Veranlagungsverfahren – Veranlagungsanordnung

Die Novelle führt das Institut des verkürzten Veranlagungsverfahrens ein, durch welches der Steuerverwalter die Möglichkeit erlangt, die Steuer dem Steuersubjekt ohne die Durchführung einer Steuerprüfung aufzuerlegen.

Diese neue Art der Steuerveranlagung wird der Steuerverwalter nur dann verwenden dürfen, wenn er das Steuersubjekt zur Behebung solcher Mängel in der Steuererklärung, die Einfluss auf die Höhe der Steuerpflicht (oder die Höhe des Anspruchs des Steuersubjekts) haben, auffordert und das Steuersubjekt diese Mängel innerhalb der festgesetzten Frist nicht beheben wird. Der Steuerverwalter wird dies nur in dem Falle tun, wenn er bislang keine Steuerprüfung eingeleitet hat. Die Veranlagungsanordnung wird der Steuerverwalter auf Grundlage der bei der Steuerverwaltung erlangten Tatsachen und Beweisen herausgeben.

Gegen die Veranlagungsanordnung wird das Steuersubjekt einen Widerspruch einlegen können, der sachlich begründet und durch betreffende, sich auf die Einlegung des Widerspruchs beziehende Urkunden und Beweise belegt sein wird. Die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Veranlagungsanordnung wird außer der Überprüfung der Entscheidung des Steuerverwalters mittels Gericht nicht möglich sein.

Falls der Steuerverwalter den Widerspruch nicht ablehnen wird, wird der Steuerverwalter verpflichtet sein, die Veranlagungsanordnung in vollem Umfang aufzuheben – in solchem Falle wird der Steuerverwalter jedoch verpflichtet sein, eine Steuerprüfung einzuleiten.

Die Tatsache, dass der Steuerverwalter die Steuerveranlagung durch eine Veranlagungsanordnung beschlossen hat, führt nicht zum Erlöschen des Rechtes des Steuerverwalters, eine Steuerprüfung bezüglich derselben Steuer für denselben Veranlagungszeitraum in der Zukunft einzuleiten. Eine solche Steuerprüfung wird jedoch nur auf Grundlage der Veranlagung des Finanzministeriums oder der Finanzdirektion durchgeführt werden können.

Einstweilige Verfügung

In der Situation, wenn der Steuerverwalter während einer Steuerprüfung, während der Bestimmung der Steuer anhand von Hilfsmitteln oder bei der örtlichen Ermittlung aus dem Grund einer begründeten Befürchtung, dass die nicht fällige oder nicht auferlegte Steuer in der Zeit ihrer Fälligkeit und Eintreibbarkeit uneintreibbar sein wird oder dass die Steuereintreibung in dieser Zeit mit wesentlichen Schwierigkeiten verbunden sein wird, die Auferlegung einer einstweiligen Verfügung beschlossen und dem Steuersubjekt angeordnet hat, einen Geldbetrag auf das Konto des Steuerverwalters zu überweisen, wird ab dem 1.1.2017 die Auferlegung dieser einstweiligen Verfügung zum Tag der Herausgabe durchführbar sein. Falls das Steuersubjekt den Geldbetrag nicht überweist, kann der Steuerverwalter zu einer Steuerexekution beitreten.

Sonstige Veränderungen

Der Aufschub der Steuerzahlung bzw. der Steuerzahlung in Raten wird vereinfacht – bei Rückständen bis 3 000 Euro wird keine Sicherung des Schuldbetrages durch ein Pfandrecht verlangt; es wird ebenfalls möglich sein, einen Aufschub der Steuerzahlung bzw. eine Steuerzahlung in Raten ungeachtet dessen zu beantragen, wann ein Aufschub (Steuerzahlung in Raten) in der Vergangenheit genehmigt wurde.

Bei einer Steuerexekution mittels Anweisung einer Forderung von in einer Bank geführtem Konto wird der Steuerverwalter die Entscheidung über die Blockierung der Geldmittel bis zur Höhe des Schuldbetrags auf den Konten des Steuerschuldners vorzugsweise mittels elektronischen Mitteln zustellen – somit kann eine Beschleunigung der Blockierung des Schuldbetrags beim Steuerschuldner erwartet werden.

Von der Steuerexekution werden vorrangig Exekutionskosten und Baraufwendungen auch in dem Falle beglichen, wenn der Exekutionsgegenstand durch ein Pfandrecht belastet ist – zur Befriedigung der Pfandgläubiger wird es also erst nach der Begleichung der Exekutionskosten und der Baraufwendungen kommen.

4. Novelle des Sozialversicherungsgesetzes

Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlagen für die Berechnung der Sozialversicherung

In der Gesetzessammlung der Slowakischen Republik wurde die Novelle des Sozialversicherungsgesetzes veröffentlicht, die die Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlagen bei der Sozialversicherung mit sich bringt. Die angeführte Erhöhung betrifft sowohl die Abgaben selbständig erwerbstätiger Personen, als auch die Abgaben des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers und gilt für alle Arten der Sozialversicherung (mit Ausnahme der Unfallversicherung, die auch weiterhin durch keine Höchstbemessungsgrundlage eingeschränkt bleibt). Die (monatliche) Höchst-

bemessungsgrundlage bleibt auch weiterhin an den Durchschnittslohn in der nationalen Wirtschaft gebunden, ab dem 1.1.2017 wird sie jedoch das 7-fache des Durchschnittslohnes, gültig im Kalenderjahr, welches zwei Jahre dem Kalenderjahr, in welchem die betreffende Versicherung bezahlt wird, vorangeht (bislang war es das 5-fache), betragen.

Die angeführte Änderung bedeutet, dass ab dem 1.1.2017 die (monatliche) Höchstbemessungsgrundlage bei einzelnen Arten der Sozialversicherung den Betrag von 6 181 Euro darstellen wird.

Erhöhung der täglichen Höchstbemessungsgrundlagen für die Berechnung der Einkommensersatzleistung während der Arbeitsunfähigkeit und bei Krankenbezügen

Die tägliche Höchstbemessungsgrundlage für die Berechnung der Höhe der Ersatzleistung während der Arbeitsunfähigkeit und für die Berechnung der Höhe der Krankenbezüge ist gegenwärtig an die allgemeine Bemessungsgrundlage gebunden, welche der durchschnittliche Monatslohn in der nationalen Wirtschaft ist. Die Novelle des Sozialversicherungsgesetzes erhöht diese tägliche Höchstbemessungsgrundlage - ab dem 1.1.2017 wird sie das 2-fache des Durchschnittslohnes, gültig im Kalenderjahr, welches zwei Jahre dem Kalenderjahr, in dem der Grund für die Gewährung des Krankenbezugs entstanden ist, vorangeht (bislang das 1,5-fache). Arbeitnehmer mit einem höheren Einkommen werden somit ab dem 1.1.2017 während der Arbeitsunfähigkeit den Anspruch auf eine höhere Einkommensersatzleistung bzw. höhere Krankenbezüge haben.

Die Erhöhung der täglichen Höchstbemessungsgrundlage wird ebenfalls eine Erhöhung der Maximalhöhe der sonstigen Krankenleistungen zur Folge haben (Mutterschaftsgeld, Behandlungsgeld, Ausgleichsgeld).

5. Vorbereitete Novelle des Krankenversicherungsgesetzes

Im Falle der Krankenversicherung wird im Falle der Verabschiedung der Novelle die Grenze für die Höchstbemessungsgrundlage abgeschafft, d.h. dass den Abgabepflichten das gesamte steuerbare Einkommen ohne Einschränkung unterliegen wird.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi

Steuerberater, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> IFRS 15

Von Zuzana Vargová, MBA, Rödl & Partner Bratislava

Die Pflicht zur Erstellung des Einzelabschlusses im Sinne von IFRS im durch die Europäische Union gefassten Wortlaut haben vor allem Buchführungseinheiten, genannt im Rechnungslegungsgesetz § 17a Absatz 1, Buchführungseinheiten, die die Größenkriterien in Absatz 2 erfüllen oder Buchführungseinheiten, die sich im Sinne von Absatz 3 freiwillig dazu entschlossen haben. Die Pflicht zur Erstellung des konsolidierten Jahresabschlusses im Sinne von IFRS im durch die EU gefassten Wortlaut setzt § 22 des Rechnungslegungsgesetzes fest.

Klienten, die den Jahresabschluss gemäß IFRS erstellen, erwarten ab dem 1. Januar 2018 Änderungen, zusammenhängend mit dem neuen Standard IFRS 15: Revenue from Contracts with Customers, i.e. Umsatzerlöse aus Verträgen mit Kunden. Dieser Standard setzt fest, wie und wann gemäß IFRS Erträge ausgewiesen werden sollen und erfordert die Veröffentlichung von detaillierteren und relevanteren Informationen im Anhang zum Jahresabschluss. Der Standard stellt zugleich ein einheitliches Modell dar, welches sich auf alle Verträge mit Kunden beziehen soll.

Grundprinzip und Modell

IFRS 15 setzt die Prinzipien fest, nach welchen Buchführungseinheiten den Nutzern von Jahresabschlüssen nützliche Informationen über die Natur, Menge, Zeitangaben der Umsatzerlöse und Geldströme, stammend aus Verträgen mit Kunden, gewähren werden (IFRS 15.1). Umsatzerlöse sollen so ausgewiesen werden, damit sie die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen an Kunden in dem Betrag, der dem erwarteten zusammenhängenden Gegenwert für die gelieferte Ware bzw. Dienstleistung entspricht, erfassen. Dieses Prinzip drückt im IFRS 15 das sogenannte Fünf-Schritte-Modell (Five-step model) wie folgt aus:

1. Identifizierung des Vertrags mit dem Kunden
2. Identifizierung der aus der Erfüllung des Vertrags stammenden Verpflichtungen
3. Bestimmung der Transaktionshöhe (*Transaction price*)
4. Zuordnung der Transaktionshöhe zu den aus der Erfüllung des Vertrags stammenden Verpflichtungen
5. Darstellung der Erlöse in zeitlichem Zusammenhang mit der Erfüllung der aus dem Vertrag stammenden Verpflichtungen

Identifizierung des Vertrags mit dem Kunden

Ein Vertrag mit dem Kunden fällt unter IFRS 15, sobald die folgenden Bedingungen erfüllt sind (IFRS 15.9):

- > Der Vertrag ist durch die Vertragsparteien genehmigt
- > Bei jeder Vertragspartei kann ihr Recht auf die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen identifiziert werden
- > Die Zahlungsbedingungen für die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen können identifiziert werden
- > Der Vertrag hat ein ökonomisches Wesen
- > Es ist wahrscheinlich, dass das Entgelt, welches der Buchführungseinheit für die Lieferung der Waren oder Dienstleistungen zusteht, ausbezahlt wird.

Der Standard regelt auch die Buchung eventueller Änderungen und Nachträgen zu Verträgen.

Identifizierung der aus der Erfüllung des Vertrags stammenden Verpflichtungen

Bei dem Abschluss eines Vertrages muss die Buchführungseinheit beurteilen, welche Waren und Dienstleistungen sie dem Kunden liefern soll und auf Grundlage dieser Beurteilung einzelne, aus der Erfüllung des Vertrags stammende Verpflichtungen bestimmen. Es handelt sich um Waren und Dienstleistungen (oder einen Komplex von Waren oder Dienstleistungen), die spezifiziert sind oder um eine Serie spezifizierter Lieferungen von Waren oder Dienstleistungen, die in ihrem Wesen gleich sind und dem Kunden auf dieselbe Art und Weise geliefert werden (IFRS 15.22).

Waren oder Dienstleistungen gelten als spezifiziert, falls sie der Kunde selbständig oder in Verbindung mit den dem Kunden zur Verfügung stehenden Quellen nutzen kann und die gelieferten Waren oder Dienstleistungen zugleich identifiziert und von anderen Zusagen im Vertrag unterschieden werden können (IFRS 15.27).

Bestimmung der Transaktionshöhe (*Transaction price*)

Die Transaktionshöhe ist der Betrag, der der Buchführungseinheit für die Lieferung der Waren oder Dienstleistungen zusteht. Bei ihrer Bestimmung nimmt die Buchführungseinheit die üblichen Geschäftspraktiken in Betracht (IFRS 15.47). Beinhaltet der Vertrag einen variablen Bestandteil (z.B. Nachlässe, Rabatte, Boni oder unterschiedliche bedingte Zahlungen), wird die Buchführungseinheit die Höhe des variablen Bestandteils, die ihr gemäß Vertrag zustehen soll, abschätzen.

Zuordnung der Transaktionshöhe zu den aus der Erfüllung des Vertrags stammenden Verpflichtungen

Falls der Vertrag mehrere, aus seiner Erfüllung stammende Verpflichtungen enthält, ordnet die Buchführungseinheit die Transaktionshöhe zu einzelnen Verpflichtungen in dem Verhältnis zu, welches dem Verhältnis selbständiger Verkaufspreise zusammenhängender Erfüllungen entsprechen würde. Falls der selbständige Verkaufspreis nicht direkt an Hand von Marktbeobachtungen bestimmt werden kann, muss ihn die Buchführungseinheit abschätzen.

IFRS 15 setzt ferner die für diesen Zweck genehmigten Methoden fest (IFRS 15.79).

Darstellung der Erlöse in zeitlichem Zusammenhang mit der Erfüllung der aus dem Vertrag stammenden Verpflichtungen

Erlöse sollen im Zusammenhang mit der Übertragung der Kontrolle über Aktiva dargestellt werden, zu welcher es in einem zeitlichen Punkt oder durchlaufend kommen kann. Unter der Kontrolle wird die Fähigkeit verstanden, praktisch alle aus den gegebenen Aktiva stammenden Vorzüge zu beherrschen oder zu erlangen, einschließlich der Fähigkeit, andere daran zu hindern, diese Vorzüge zu erlangen oder zu beherrschen. Unter den Vorzügen wird der potentielle Geldstrom /cash-flow/ verstanden, der aus den Aktiva direkt oder indirekt erlangt werden kann, u. a. durch den Verkauf der Aktiva oder Nutzung der Aktiva zur Herstellung von Produkten (IFRS 15.31).

Kontakt für weitere Informationen



Zuzana Vargová, MBA

Wirtschaftsprüferin, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: zuzana.vargova@roedl.sk

> Möglichkeiten der Korrektur von Fehlern im Jahresabschluss

Von Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Es ist die Pflicht einer jeden Buchführungseinheit, die Buchungsperiode durch einen Jahresabschluss abzuschließen und diesen in das Register der Jahresabschlüsse zustellen. In einigen Fällen stellt die Gesellschaft nach Abgabe des Jahresabschlusses in das Register der Jahresabschlüsse fest, dass sich ein Fehler darin befindet und möchte diesen korrigieren.

Eine erneute Öffnung der Rechnungsbücher ist nur bis zur Feststellung des Jahresabschlusses möglich, und zwar nur in dem Falle, wenn es sich um einen wesentlichen Korrekturbetrag handelt.

Die obersten Organe jeder Gesellschaft sind verpflichtet, mindestens einmal pro Jahr zu tagen. **Ihre Pflicht ist außer anderem die Verhandlung und Feststellung des Jahresabschlusses.** Die Feststellung des Jahresabschlusses muss im Formular des Jahresabschlusses angeführt werden, falls diese in der Zeit vor der Einreichung

des Jahresabschlusses in das Register der Jahresabschlüsse durchgeführt wurde. **Falls die Gesellschaft einen noch nicht festgestellten Jahresabschluss hinterlegt hat, legt ihr das Rechnungslegungsgesetz die Pflicht auf, eine Mitteilung über das Datum der Feststellung des Jahresabschlusses spätestens binnen 5 Arbeitstagen ab seiner Feststellung einzureichen. Die Mitteilung über das Datum der Feststellung des Jahresabschlusses muss die Buchführungseinheit in das Register der Jahresabschlüsse spätestens innerhalb eines Jahres ab der Beendigung der Buchungsperiode, für welche der Jahresabschluss erstellt wird, hinterlegen.**

Falls die Gesellschaft die Dokumente gemäß § 23 des Rechnungslegungsgesetzes, zu welchen auch die Mitteilung über die Feststellung des Jahresabschlusses gehört, nicht hinterlegt hat, hat sie ein Verwaltungsdelikt begangen, für welches eine Sanktion auferlegt werden kann.

Im Sinne von § 16 des Rechnungslegungsgesetzes können die geschlossenen Rechnungsbücher nach der Erstellung des Jahresabschlusses nicht wieder geöffnet werden. Bis zur Feststellung des Jahresabschlusses können Rechnungsbücher unter der Voraussetzung geöffnet werden, dass es sich um bedeutende Posten handelt, die ein wahrhaftiges und getreues Abbild der Buchhaltung sicherstellen sollen.

Falls nach der Feststellung des Jahresabschlusses festgestellt wird, dass die Angaben für die Vorperiode nicht vollständig waren oder ein Fehler darin vorkommt, wird die Buchführungseinheit diese in der Buchungsperiode korrigieren, in welcher sie diese Tatsachen festgestellt hat und dies im Anhang zum Jahresabschluss anführen.

Korrekturen nicht bedeutender Aufwendungen und nicht bedeutender Erträge der Vorperioden werden wie Rechnungsfälle der laufenden Buchungsperiode auf den entsprechenden Aufwendungs- oder Ertragskonten aus der Geschäftstätigkeit gebucht.

Falls es sich um Korrekturen bedeutender Aufwendungen und bedeutender Erträge handelt, werden diese Korrekturen auf dem Konto 428 – Gewinnvortrag oder auf dem Konto 429 – Verlustvortrag gebucht.

Wann es sich um einen bedeutenden oder unbedeutenden Betrag handeln wird, das muss die Gesellschaft selbst bestimmen, z. B. in einer internen Richtlinie. Die Grenze der Bedeutsamkeit ist im Hinblick auf die Größe der Gesellschaft bei jeder Gesellschaft anders.

Als eine Korrektur von Fehlern gilt nicht die Umwertung der Begründetheit der Posten, deren Höhe mittels Schätzung festgesetzt wurde.

Kontakt für weitere Informationen

Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Právo**> Konanie spoločníka na valnom zhromaždení spoločnosti****Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava**

Zvolanie a priebeh valného zhromaždenia (VZ) spoločnosti s ručením obmedzeným je v praxi štandardné a aj keď právna úprava v Obchodnom zákonníku nie je príliš obsiahla, je možné povedať, že v praktickom živote sa nestretávame s výraznými právnymi komplikáciami. V súčasnosti už existuje aj rozsiahla judikatúra slovenských súdov (prípadne aj českých súdov) upravujúca náležitosti zvolania VZ, zastupovania na VZ či neplatnosti uznesení VZ. Napriek tomu, aj v prípade valného zhromaždenia môže v rámci jeho konania dôjsť k zaujímavým až kurióznym situáciám, napríklad pri hlasovaní spoločníka, ktorý je spoločnosťou s ručením obmedzeným a v mene ktorého sú oprávnení konať viacerí konatelia.

Pokiaľ spoločenská zmluva spoločnosti neupravuje inak, VZ spoločníkov sa zvoláva písomnou pozvánkou písomnou v lehote aspoň 15 dní pred termínom konania; t.j. pozvánku je potrebné doručiť spoločníkom tak, aby medzi jej doručením a termínom VZ bola zachovaná lehota min. 15 dní. Pozvánka musí obsahovať aj navrhovaný program VZ. Na valnom zhromaždení sa spoločník môže zúčastniť priamo t.j. osobne, alebo nepriamo t.j. prostredníctvom písomne splnomocneného zástupcu. Obchodný zákonník výslovne určuje, že zástupcom spoločníka nemôže byť konateľ spoločnosti ani člen dozornej rady spoločnosti. V tomto kontexte však napr. nie je vylúčený prokurista spoločnosti.

Hlasovacie právo na VZ vykonáva teda spoločník (podľa počtu mu prináležiacych hlasov) tiež osobne alebo splnomocnencom na základe splnomocnenia. Osobné zastúpenie spoločníka v prípade právnickej osoby ako spoločníka znamená, že na VZ sa zúčastní štatutárny orgán resp. člen/členovia štatutárneho orgánu alebo iná osoba/osoby oprávnené konať v mene spoločníka. Oprávnenie konkrétnych osôb konať v mene spoločníka je potrebné posudzo-

vať podľa interných predpisov spoločníka a zápisu spôsobu konania v príslušnom obchodnom registri, v tomto zmysle môžu členovia štatutárneho orgánu spoločníka byť oprávnení konať každý samostatne, alebo môže byť stanovené spoločné konanie dvoch či viacerých konateľov príp. konanie prokuristov.

V prípade osobnej účasti spoločníka na VZ v zmysle vyššie uvedeného, môžu nastať nasledovné modelové situácie:

Spoločník má menovaných viacerých konateľov, pričom na VZ sa zúčastnia za spoločníka dvaja jeho konatelia. O navrhovaných uzneseniach spoločník hlasuje, čím prejavuje svoju vôľu, avšak jeden konateľ hlasuje za prijatie uznesenia a druhý konateľ proti prijatiu (príp. sa zdrží hlasovania), pričom :

- > v prvom prípade, má spoločník ustanovené spoločné konanie min. 2 konateľov;
- > v druhom prípade, spoločník má viacerých konateľov, z ktorých každý môže konať samostatne

Je takéto hlasovanie spoločníka platné?

Obchodný zákonník v rámci úpravy valného zhromaždenia ani dostupná judikatúra slovenských súdov neposkytuje priamu odpoveď.

V prípade č. 1 t.j. spoločné konanie min. 2 konateľov, je podľa nášho názoru možné vyhodnotiť daný „prejav vôle“ tak, že nedošlo k platnému a účinnému hlasovaniu, nakoľko nie je dostatočný počet zhodných hlasov konateľov za či proti prijatiu uznesenia. Prikláňame sa k názoru, že prejav vôle by mal byť v súlade so spôsobom konania vyplývajúcom zo spoločenskej zmluvy spoločníka a zápisu v príslušnom obchodnom registri. Uvedené je podľa nášho názoru aplikovateľné aj v prípade, že v súčasnosti nie je ustálený právny názor na otázku, či hlasovanie spoločníka na VZ je alebo nie je právny úkon, existuje relevantný právny názor – opierajúci sa najmä o judikatúru českého Najvyššieho súdu, že sa nejedná o právny úkon, keďže ani samotné uznesenie VZ nemožno považovať za právny úkon; na druhej strane na oba „prejavy“ – hlasovanie a uznesenie VZ - je možné klásť obdobné požiadavky ako na právny úkon, t.j. predovšetkým majú byť určité, zrozumiteľné, slobodné a vážne.

V prípade č. 2 je situácia ešte o niečo komplikovanejšia – každý konateľ je oprávnený samostatne konať v mene spoločníka a teda svojím konaním vyvolať zamýšľané účinky prijatia alebo neprijatia uznesenia. V situácií, ak by jeden konateľ hlasoval za prijatie a druhý proti prijatiu uznesenia, je zrejme, že takýto výsledok hlasovania je neudržateľný a hlasovania sa navzájom negujú. Je zrejme aj to, že spoločník nemôže vykonávať hlasovacie právo nad rámec jemu pripadajúcich hlasov, čiže za jedno uznesenie hlasovať dvakrát resp. „dvojnásobným“ počtom hlasov. Na druhej strane, posudzujúc jedno aj druhé hlasovanie zvlášť, samy o sebe by platné boli, popri sebe však zrejme neobstoja. Zároveň sa domnievame, že platnosť hlasovania by sa v princípe nemala odvíjať len od poradia,

t.j. či sa hlasuje najskôr za prijaté uznesenia alebo proti prijatiu, aj keď v konkrétnej situácii by „druhé hlasovanie v poradí“ už nemalo byť brané do úvahy.

Aby konanie VZ a na ňom prijaté uznesenia neboli vystavené riziku konania o neplatnosť, malo by byť v záujme či už vedenia spoločnosti pri organizácii VZ, ako aj samotných spoločníkov, aby predchádzali takýmto situáciám a pokiaľ je to možné, prijali príslušnú úpravu už v spoločenskej zmluve spoločnosti. To platí najmä, pokiaľ majiteľom spoločníka je „joint – venture“ a každá záujmová skupina má menovaného vlastného štatutára a môže sa stať, že v konkrétnom prípade dôjde k stretu záujmov. Riešením by mohlo byť napr. pri registrácii povoliť účasť na VZ len jednému konateľovi („first come first go“), prípadne ideálne by bolo, ak by zúčastnený konateľ spoločníka mal interný pokyn odsúhlasený „joint venture“ o spôsobe hlasovania k navrhovaným bodom programu na zvolanom VZ spoločnosti.

> Novinky v práve obchodných spoločností účinné od 1.1.2017

Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava

Novelou Obchodného zákonníka (zákon č. 389/2015) je s účinnosťou od 1.1.2017 zavedená nová právna úprava týkajúca sa (i) dohôd medzi spoločníkmi a (ii) novej právnej formy obchodnej spoločnosti – jednoduchej spoločnosti na akcie, v skratke „j.s.a.“.

Dohody medzi spoločníkmi

Novozavedené ustanovenie § 66c OBZ je pomerne stručné. Zákon umožňuje, že spoločníci spoločnosti si môžu písomne dohodnúť svoje vzájomné práva a povinnosti vyplývajúce z ich účasti na spoločnosti. Predmetom takejto dohody môže byť najmä :

- spôsob a podmienky výkonu práv spojených s účasťou na spoločnosti,
- spôsob výkonu práv súvisiacich so správou a riadením spoločnosti,
- podmienky a rozsah účasti na zmenách základného imania a
- vedľajšie dojednania súvisiace s prevodom účasti na spoločnosti.

Rozpor rozhodnutia orgánu spoločnosti s dohodou medzi spoločníkmi nespôsobuje jeho neplatnosť.

Jednoduchá spoločnosť na akcie

Ide o novú právnu formu obchodnej spoločnosti. Podľa dôvodovej správy k novele OBZ, jednoduchá spoločnosť na akcie predstavuje hybridnú formu kapitálovej obchodnej spoločnosti, spájajúcej niektoré prvky aj s.r.o. aj a.s. Na novú formu obchodnej spoločnosti sa budú vzťahovať viaceré zákonné ustanovenia o súkromnej akciovej spo-

ločnosti, nepôjde však o podtyp akciovej spoločnosti. Účelom novej právnej úpravy je vytvoriť formu obchodnej spoločnosti, ktorá umožní komplexné riešenie pre investorov najmä rizikovejších investície, napr. do startupov, ako podnikateľských iniciatív s vysokým inovačným a rastovým potenciálom, ktoré si však nespĺňajú potrebné požiadavky na získanie financovania prostredníctvom bánk. Má umožniť flexibilné nastavenie vstupu investora, koexistencie s majiteľmi a výstupu investora nad rámec toho, čo umožňujú v súčasnosti existujúce formy obchodných spoločností.

Jednoduchou spoločnosťou na akcie je spoločnosť, ktorej základné imanie je rozvrhnuté na určitý počet akcií s určitou menovitou hodnotou. Spoločnosť zodpovedá za svoje záväzky celým svojim majetkom, akcionári za záväzky neručia. J.s.a. musí mať **základné imanie vo výške minimálne 1,- (jeden) EUR**.

Akcie spoločnosti môžu mať len **zaknihovanú podobu a môžu znieť len na meno**. S akciami spoločnosti sú spojené práva akcionára ako spoločníka podieľať sa podľa zákona a stanov spoločnosti na jej riadení, zisku a na likvidačnom zostatku po zrušení spoločnosti s likvidáciou.

Spoločnosť môže vydávať kmeňové akcie a akcie s osobitnými právami. Osobitné práva môžu spočívať najmä v určení :

- rozsahu nároku na podiel zo zisku alebo na likvidačnom zostatku inak ako pomerom menovitej hodnoty akcií k menovitej hodnote akcií všetkých akcionárov; rozsah nároku môže byť určený najmä ako pevný, prednostný, podriadený,
- počtu hlasov akcionára inak ako pomerom menovitej hodnoty akcií k výške základného imania,
- rozsahu práva na poskytovanie informácií o spoločnosti.

Stanovy môžu obmedziť alebo vylúčiť prevoditeľnosť akcií alebo niektorých druhov akcií spoločnosti; akcie s takto obmedzenou alebo vylúčenou prevoditeľnosťou majú upravený osobitný režim.

V dohode akcionárov podľa § 66c ("akcionárska zmluva") môžu akcionári jednoduchej spoločnosti na akcie dohodnúť novo zakotvené práva akcionára:

- pridať sa k prevodu akcií („tag-along“ right)**, ktoré oprávňuje akcionára (oprávneného) pridať sa k prevodu akcií akcionára previesť svoje akcie zároveň s akciami iného akcionára (povinný).
- požadovať prevod akcií („drag-along“ right)**, ktoré oprávňuje akcionára (oprávneného) požadovať od iného akcionára (povinného), aby zároveň s prevodom akcií oprávneného previedol na tretiu osobu svoje akcie.
- požadovať nadobudnutie akcií („shootout“)**, ktoré oprávňuje akcionára (oprávnený) určiť cenu jednej akcie a žiadať od iného akcionára (povinný), aby na neho

previedol akcie za takto určenú cenu. Za oprávneného sa považuje akcionár, ktorý ako prvý doručí svoj návrh s určením ceny za jednu akciu inému akcionárovi. Ak povinný predložený návrh oprávneného neprijme v lehote a spôsobom určeným v akcionárskej zmluve, platí, že je za rovnakých podmienok povinný nadobudnúť akcie od oprávneného.

Právo tag-along a drag-along môžu byť dohodnuté v akcionárskej zmluve aj ako práva, ktoré sa budú registrovať v centrálnom depozitáriovi, v takom prípade bude potrebná notárska zápisnica, tieto práva nebudú podliehať premlčaniu a budú mať účinky aj voči právnym nástupcom. S jednou akciou môže byť spojené len jedno predkupné právo, jedno právo pridať sa k prevodu, jedno právo požadovať prevod a jedno právo požadovať nadobudnutie akcií.

Orgánmi j.s.a. sú (i) valné zhromaždenie, (ii) predstavenstvo, pričom členovia môžu byť menovaní na dobu neurčitú a (iii) fakultatívne je možné zriadiť aj dozornú radu.

Spoločnosť sa okrem všeobecných dôvodov uvedených v OBZ zrušuje aj (i) rozhodnutím súdu, alebo (ii) z dôvodov uvedených v zakladateľskej listine, zakladateľskej zmluve alebo v stanovách. Zlúčenie jednoduchej spoločnosti na akcie a akciovej spoločnosti, pri ktorom jednoduchá spoločnosť na akcie zaniká a jej imanie prechádza na akciovú spoločnosť, sa pripúšťa. Jednoduchá spoločnosť na akcie môže zmeniť právnu formu len na akciovú spoločnosť. Obchodná spoločnosť alebo družstvo nemôže zmeniť právnu formu na jednoduchú spoločnosť na akcie.

Kontakt pre ďalšie informácie



Silvia Podlipná
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: silvia.podlipna@roedl.sk

> Pripravovaná zmena sadzieb stravného pri služobných cestách

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

V súčasnej dobe sa nachádza v medzirezortnom pripomienkovom konaní príprava opatrenia Ministerstva práce, sociálnych vecí a rodiny na základe, ktorej by malo prísť od 1. decembra 2016 k zmene sadzieb stravného pri tuzemských služobných cestách.

Nové sadzby ktoré by mali vstúpiť do platnosti od 1.12.2016:

Pri cestách v rozmedzí:

Od 5 do 12 hod.	4,50 EUR
Od 12 do 18 hod.	6,70 EUR
Nad 18 hod.	10,30 EUR

Uvedená zmena bude mať za dôsledok aj úpravu vo výške stravného pre zamestnancov. V prípade odsúhlasenia vyššie uvedených zmien sa hodnota stravných lístkov môže zvýšiť na 4,50 EUR. Minimálna hodnota stravného lístka, ktorá bola doteraz vo výške 3,15 EUR, sa v tomto prípade zvýši na minimálnu hodnotu 3,38 EUR.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš
účtovník, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-mail: jan.beles@roedl.sk

Dane

> Zmeny v slovenskej daňovej legislatíve od 1. januára 2017

Peter Alföldi, Juraj Horniak, Rödl & Partner Bratislava

1. Novela zákona o DPH

V Zbierke zákonov SR bola publikovaná novela zákona o DPH, ktorá s účinnosťou od 1. januára 2017 prináša nasledovné zmeny:

Tuzemské samozdanenie pri dodaní stavebných prác

Úmyslom novelizácie je odstrániť aplikačné problémy, ktoré prinieslo zavedenie prenosu daňovej povinnosti pri dodaní stavebných prác resp. pri dodaní tovaru s inštaláciou a montážou medzi dvoma slovenskými platiteľmi.

Novela zákona so sebou prináša zníženie administratívnej záťaže spojenej s overovaním správnosti zatriedenia činnosti podľa klasifikácie CPA a zvýšenie právnej istoty tak pre dodávateľa, ako aj pre odberateľa stavebných prác / tovaru s inštaláciou alebo montážou. Pokiaľ dodávateľ – platiteľ DPH vystaví faktúru, v ktorej na základe odôvodneného predpokladu uvedie informáciu o prenesení daňovej povinnosti, je povinný príjemca plnenia – platiteľ DPH

vychádzať z tejto informácie (t.j. príjemca je osobou povinnou platiť daň). V takomto prípade nebude odberateľ povinný skúmať, či fakturované práce skutočne predstavujú stavebné práce, resp. či sa skutočne jedná o dodanie tovaru s inštaláciou alebo montážou.

V súvislosti s touto právnou úpravou vydalo Ministerstvo financií SR nový vzor kontrolného výkazu k DPH, ktorý sa prvýkrát použije za zdaňovacie obdobie január 2017 resp. prvý štvrtrok 2017. Platiteľ DPH, ktorý uskutoční takúto dodávku (poskytne plnenia v oblasti stavebníctva s prenosom daňovej povinnosti) bude povinný uviesť údaje z predmetnej faktúry v časti A.2. kontrolného výkazu (a to aj napriek tomu, že v daňovom priznaní ich uvádzať nebude).

Náhrada za zadržanie nadmerného odpočtu počas daňovej kontroly

V prípade, ak z dôvodu trvania výkonu daňovej kontroly nebude daňovníkovi vrátený nadmerný odpočet do uplynutia šiestich mesiacov od posledného dňa lehoty na vrátenie nadmerného odpočtu, bude daňovníkovi priznaná náhrada za zadržanie nadmerného odpočtu (úrok z nadmerného odpočtu). Výška úroku sa odvíja od sumy vráteného nadmerného odpočtu a od úrokovej sadzby ECB; minimálna výška úroku však predstavuje 1,5 % p.a. za každý deň odo dňa, kedy uplynulo 6 mesiacov od uplynutia lehoty na vrátenie nadmerného odpočtu až do dňa jeho vrátenia. V nadväznosti na zmenu výšky vráteného nadmerného odpočtu, sa suma úroku môže zvýšiť alebo znížiť príp. zrušiť. Nárok na úrok z nadmerného odpočtu nemá daňovník v prípade daňovej kontroly, ktorá bude skončená do 31. decembra 2016.

Odloženie samozdanenia pri dovoze tovaru z tretích štátov

Novela zákona o DPH opätovne odkladá účinnosť samozdanenia pri dovoze tovaru z tretích štátov. Konkrétny termín účinnosti tohto ustanovenia sa určí podľa vývoja horného limitu dlhu verejnej správy SR a aktuálneho vývoja dlhu verejnej správy SR.

2. Novela zákona o dani z príjmov

V najbližších dňoch sa očakáva zverejnenie novely zákona o dani z príjmov v Zbierke zákonov SR, ktorá by s účinnosťou od 1.1.2017, od 1.2.2017 a od 1.1.2018 mala priniesť zmeny v nasledovných oblastiach:

Zníženie sadzby dane z príjmov právnickej osoby

Počnúc 1.1.2017 dôjde k zníženiu sadzby dane z príjmov právnických osôb z 22 % na 21 %. Uvedená sadzba sa uplatní na všetky zdaňovacie obdobia začínajúce po tomto dátume.

Zrušenie daňovej licencie

Počnúc 1.1.2018 sa zrušujú daňové licencie. Podľa znenia zákona platného do 31.12.2017 sa bude postupovať v prípade zdaňovacích období končiacich najneskôr

k tomuto dátumu. To znamená, že spoločnosti budú platiť daňovú licenciu naposledy za rok 2017, ak majú zdaňovacie obdobie kalendárny rok. Ak budú uplatňovať zdaňovacie obdobie hospodársky rok, daňovú licenciu zaplatia naposledy za zdaňovacie obdobie, ktoré skončí v priebehu roka 2018.

Zdaňovanie podielov na zisku (dividend)

Ako sme Vás už informovali v našom septembrovom mandátnom liste, novelou zákona o dani z príjmov sa navrhuje zavedenie zdanenia podielov na zisku (dividend) vrátane podielov na likvidačnom zostatku, vyrovnacích podielov a podielov na zisku tichých spoločníkov.

Nové pravidlá pre zdanenie dividend sa budú týkať dividend, ktoré budú vyplatené zo ziskov vykázaných za zdaňovacie obdobia, ktoré začnú najskôr 1.1.2017 ako aj dividend vykázaných za zdaňovacie obdobia do 31.12.2003.

Fyzické osoby

Dividendy sa od roku 2017 budú u fyzických osôb zdaňovať sadzbou 7 % resp. nižšou sadzbou dane podľa zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia a sadzbou 35 % (v prípade nezmluvného štátu) nasledovne:

- > V prípade, že slovenská spoločnosť bude vyplácať dividendy fyzickým osobám, zrazí daň pri výplate sadzbou 7 % resp. sadzbou podľa zmluvy o zamedzení dvojitého zdanenia. Podobne, keď bude vyplácať dividendy fyzickým osobám, ktoré sú daňovými rezidentmi nezmluvných štátov, slovenský daňovník vyplácajúci dividendu uplatní 35 %-nú zrážkovú daň.
- > Dividendy prijaté fyzickými osobami – slovenskými rezidentmi – zo zdrojov v zahraničí (z akéhokoľvek štátu) sa zahrnú do ich daňového priznania, kde budú vstupovať do samostatného základu dane, ktorý sa zdaní príslušnou sadzbou 7 % resp. sadzbou 35 % v prípade, že plynú z nezmluvného štátu.

Právnické osoby

Dividendy vyplácané spoločnosťou so sídlom na Slovensku spoločnosti (právnickej osobe), ktorá je slovenským rezidentom alebo rezidentom zmluvného štátu, ako aj dividendy prijaté slovenskou spoločnosťou od spoločnosti, ktorá je slovenským rezidentom alebo rezidentom zmluvného štátu aj naďalej nebudú podliehať dani z príjmov či zrážkovej dani.

Predmetom dane z príjmov právnickej osoby budú od 1.1.2017 iba dividendy plynúce právnickým osobám z/do nezmluvných štátov v sadzbe 35 %.

Paušálne výdavky

Od roku 2017 sa zvýši percentuálna sadzba paušálnych výdavkov u fyzických osôb zo 40 % na 60 % z úhrnu príjmov. Zruší sa mesačný limit (420 EUR) a zvýši sa ročný limit sumy paušálnych výdavkov z 5.040 EUR na 20.000 EUR.

3. Novela daňového poriadku

V novembrovom vydaní mandátneho listu Vám prinášame prehľad zmien, ktoré prináša novela daňového poriadku. Novela nadobúda účinnosť 1.1.2017.

Výzva na odstránenie nedostatkov daňového priznania

Pokiaľ daňové priznanie podané daňovým subjektom bude obsahovať nedostatky, správca dane vyzve daňový subjekt na ich odstránenie.

Ak daňový subjekt v stanovenej lehote príslušné nedostatky neodstráni, bude ďalší postup správcu dane závisieť na tom, či tieto nedostatky majú vplyv na výšku dane (alebo výšku nároku daňového subjektu).

- > pri nedostatkoch, ktoré majú vplyv na výšku dane, správca dane začne u daňového subjektu daňovú kontrolu, alebo vyrubí daň vyrubovacím rozkazom v tzv. skrátrenom vyrubovacom konaní. Správca dane už v takomto prípade nebude oprávnený vyrubiť daň podľa pomôcok.
- > pri nedostatkoch, ktoré nemajú vplyv na výšku dane, odstráni správca dane nedostatky sám, pokiaľ disponuje údajmi na ich odstránenie.

Odo dňa doručenia výzvy na odstránenie nedostatkov až do ich odstránenia (alebo do dňa nadobudnutia právoplatnosti vyrubovacieho rozkazu) nebude plynúť lehota na vrátenie preplatku daňového subjektu.

Skrátané vyrubovacie konanie – vyrubovací rozkaz

Novela zavádza inštitút skráteneho vyrubovacieho konania, ktorým správca dane získa možnosť vyrubiť daňovému subjektu daň bez toho, aby prebehla daňová kontrola.

Tento nový spôsob vyrubenia dane bude správca dane môcť použiť iba v prípade, ak vyzve daňový subjekt na odstránenie takých nedostatkov daňového priznania, ktoré majú vplyv na výšku dane (alebo výšku nároku daňového subjektu) a daňový subjekt v určenej lehote tieto nedostatky neodstráni. Správca dane tak bude môcť urobiť iba v prípade, pokiaľ zatiaľ nezačal daňovú kontrolu. Vyrubovací rozkaz správca dane vydá na základe skutočností a dôkazov, ktoré získal pri správe daní.

Proti vyrubovaciemu rozkazu daňový subjekt bude môcť daňový subjekt podať odpor – vecne odôvodnený a podložený príslušnými listinami a dôkazmi vzťahujúcimi sa na dôvody podania odporu. Podanie opravných prostriedkov proti vyrubovaciemu rozkazu, okrem preskúmania rozhodnutia správcu dane súdom, nebude možné.

Pokiaľ správca dane odpor neodmietne, bude správa dane povinný zrušiť vyrubovací rozkaz v plnom rozsahu – v takomto prípade však správca dane bude povinný začať daňovú kontrolu.

Skutočnosť, že správca dane rozhodol o vyrubení dane vyrubovacím rozkazom nevedie k zániku práva správcu dane začať v budúcnosti daňovú kontrolu tej istej dane za to isté zdaňovacie obdobie. Takáto daňová kontrola sa však bude môcť uskutočniť iba na základe podnetu ministerstva financií, alebo finančného riaditeľstva.

Predbežné opatrenie

V situácii, keď správca dane počas daňovej kontroly, počas určovania dane podľa pomôcok alebo pri miestnom zisťovaní z dôvodu odôvodnenej obavy, že nesplátná daň alebo nevyrubená daň bude v dobe jej splatnosti a vymáhateľnosti nevyvozniteľná alebo že v tejto dobe bude vymáhanie dane spojené so značnými ťažkosťami, rozhodol o uložení predbežného opatrenia a nariadil daňovému subjektu zložiť peňažnú sumu na účet správcu dane, bude od 1.1.2017 uloženie tohto predbežného opatrenia vykonateľné dňom vydania. Ak daňový subjekt peňažnú sumu nezloží, môže správca dane pristúpiť k daňovej exekúcii.

Ostatné zmeny

Zjednoduší sa odklad platenia dane, resp. platenia dane v splátkach – pri nedoplatkoch do 3.000 EUR sa nebude vyžadovať zabezpečením dlžnej sumy záložným právom; takisto bude možné žiadať o odklad platenia dane, resp. o platenie dane v splátkach bez ohľadu na to, kedy v minulosti bol odklad (platenie dane v splátkach) povolený.

Pri daňovej exekúcii prikázanimi pohľadávky z účtu vedeného v banke bude správca dane rozhodnutie o zablokovaní peňažných prostriedkov do výšky dlžnej sumy na účtoch daňového dlžníka doručovať prednostne elektronickými prostriedkami – možno tak očakávať urýchlenie zablokovania dlžnej sumy u daňového dlžníka.

Z daňovej exekúcie sa prednostne budú hradit exekučné náklady a hotové výdavky aj v prípade, pokiaľ je predmet exekúcie zaťažený záložným právom – k uspokojeniu záložných veriteľov teda dôjde až po úhrade exekučných nákladov a hotových výdavkov.

4. Novela zákona o sociálnom poistení

Zvýšenie maximálnych vymeriavacích základov pre výpočet sociálneho poistenia

V Zbierke zákonov SR bola publikovaná novela zákona o sociálnom poistení, ktorá prináša zvýšenie maximálnych vymeriavacích základov pri sociálnom poistení. Uvedené zvýšenie sa týka tak odvodov SZČO, ako aj odvodov zamestnanca a zamestnávateľa a platí pre všetky druhy sociálneho poistenia (s výnimkou úrazového poistenia, ktoré naďalej ostáva neohraničené maximálnym vymeriavacím základom). Maximálny (mesačný) vymeriavací základ naďalej zostáva naviazaný na priemernú mzdu v národnom hospodárstve, avšak od 1.1.2017 bude predstavovať 7-násobok priemernej mzdy platnej v kalendárnom roku, ktorý dva roky predchádza kalendárnemu roku, v ktorom sa platí príslušné poistenie (doteraz to bol 5-násobok).

Uvedená zmena znamená, že od 1.1.2017 bude maximálny (mesačný) vymeriavací základ pri jednotlivých druhoch sociálneho poistenia predstavovať čiastku 6.181 EUR.

Zvýšenie maximálnych denných vymeriavacích základov pre výpočet náhrady príjmu počas PN a nemocenských dávok

Maximálny denný vymeriavací základ pre výpočet výšky náhrady príjmu počas PN a pre výpočet výšky nemocenských dávok je v súčasnosti naviazaný na všeobecný vymeriavací základ, ktorým je priemerná mesačná mzda v národnom hospodárstve. Novela zákona o sociálnom poistení tento maximálny denný vymeriavací základ zvyšuje – od 1.1.2017 bude predstavovať 2-násobok priemernej mzdy platnej v kalendárnom roku, ktorý dva roky predchádza kalendárnemu roku, v ktorom vznikol dôvod na poskytnutie nemocenskej dávky (doteraz 1,5-násobok). Zamestnanci s vyšším príjmom tak od 1.1.2017 budú mať počas PN nárok na vyššiu náhradu príjmu, resp. na vyššie nemocenské dávky.

Zvýšenie maximálneho denného vymeriavacieho základu bude mať za následok takisto zvýšenie maximálnej výšky ostatných nemocenských dávok (materské, ošetrovné, vyrovnávací dávka).

5. Pripravovaná novela zákona o zdravotnom poistení

V prípade zdravotného poistenia bude v prípade schválenia odstránený limit pre maximálny vymeriavací základ, tzn. odvodovým povinnostiam bude podliehať celý zdaniteľný príjem bez obmedzenia.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Ekonomika

> IFRS 15

Zuzana Vargová, MBA, Rödl & Partner Bratislava

Povinnosť zostavovať individuálnu účtovnú závierku podľa IFRS v znení prijatom Európskou úniou majú predovšetkým účtovné jednotky vymenované v Zákone o účtovníctve § 17a odseku 1, účtovné jednotky spĺňajúce veľkostné krité-

riá v odseku 2, alebo účtovné jednotky ktoré sa dobrovoľne rozhodli podľa odseku 3. Povinnosť zostavovania konsolidovanej účtovnej závierky podľa IFRS v znení prijatom EÚ stanovuje § 22 Zákona o účtovníctve.

Klientov, ktorí zostavujú účtovnú závierku podľa IFRS čakajú od 1. januára 2018 zmeny súvisiace s novým štandardom IFRS 15: Revenue from Contracts with Customers, i.e. Výnosy vyplývajúce zo zmlúv so zákazníkmi. Tento štandard určuje, ako a kedy sa podľa IFRS majú vykazovať výnosy a vyžaduje zverejnenie detailnejších a relevantnejších informácií v poznámkach k účtovnej závierke. Štandard zároveň predstavuje jednotný model, ktorý sa má vzťahovať na všetky zmluvy so zákazníkmi.

Základný princíp a model

IFRS 15 ustanovuje princípy, podľa ktorých budú účtovné jednotky poskytovať užitočné informácie užívateľom účtovných závierok o povahe, množstve, načasovaní tržieb a peňažných tokov vyplývajúcich zo zmlúv so zákazníkmi (IFRS 15.1). Výnosy majú byť vykázané tak, aby zachytili dodávanie tovaru či služieb zákazníkovi v takej sume, ktorá zodpovedá súvisiacej očakávanej protihodnote za dodaný tovar, respektíve službu. Tento princíp vyjadruje v IFRS 15 takzvaný Pätkrokový model (Five-step model) nasledovne:

1. Identifikácia zmluvy so zákaznikom
2. Identifikácia záväzkov vyplývajúcich z plnenia zmluvy
3. Určenie výšky transakcie (*Transaction price*)
4. Priradenie výšky transakcie k záväzkom vyplývajúcim z plnenia zmluvy
5. Vykázanie tržieb v časovej súvislosti s plnením záväzkov vyplývajúcich zo zmluvy

Identifikácia zmluvy so zákaznikom

Zmluva so zákaznikom spadá pod IFRS 15 akonáhle sú splnené nasledujúce podmienky (IFRS 15.9):

- > Zmluva je odsúhlasená zmluvnými stranami
- > U každej zmluvnej strany je možné identifikovať jej právo na dodanie tovaru alebo služieb
- > Je možné identifikovať platobné podmienky za dodanie tovaru alebo služieb
- > Zmluva má ekonomickú podstatu
- > Je pravdepodobné, že odplata, ktorá účtovnej jednotke prináleží za dodanie tovaru alebo služieb, bude vyplatená.

Štandard upravuje aj účtovanie o prípadných zmenách a dodatkoch k zmluvám.

Identifikácia záväzkov vyplývajúcich z plnenia zmluvy

Pri uzatvorení zmluvy má účtovná jednotka posúdiť, ktoré tovary a služby má dodať zákazníkovi, a na základe tohto posúdenia určiť jednotlivé záväzky vyplývajúce z plnenia zmluvy. Ide o tovar a služby (alebo súbor tovarov

a služieb), ktoré sú špecifikované, alebo o sériu špecifikovaných dodávok tovarov a služieb, ktoré sú vo svojej podstate rovnaké a rovnakým spôsobom dodávané zákazníkovi (IFRS 15.22).

Tovary alebo služby sa považujú za špecifikované ak ich zákazník môže užívať samostatne, alebo v spojitosti so zdrojmi, ktoré sú zákazníkovi k dispozícii, a zároveň sa dané tovary alebo služby dajú samostatne identifikovať a odlíšiť od ostatných príslubov v zmluve (IFRS 15.27).

Určenie výšky transakcie (Transaction price)

Výška transakcie je suma, ktorá prináleží účtovnej jednotke za dodanie tovaru alebo služieb. Pri jej určení účtovná jednotka berie do úvahy zaužívané obchodné praktiky (IFRS 15.47). V prípade že zmluva obsahuje variabilnú zložku (napr. zľavy, rabaty, bonusy, alebo rôzne podmienené platby), účtovná jednotka odhadne výšku variabilnej zložky, ktorá jej má zo zmluvy prináležať.

Priradenie výšky transakcie k záväzkom vyplývajúcim z plnenia zmluvy

Ak zmluva obsahuje viacero záväzkov vyplývajúcich z jej plnenia, alokuje účtovná jednotka výšku transakcie k jednotlivým záväzkom v takom pomere, ktorý by zodpovedal pomeru samostatných predajných cien súvisiacich plnení. Ak sa samostatná predajná cena nedá priamo odporovať na trhu, musí ju účtovná jednotka odhadnúť. IFRS 15 ďalej stanovuje metódy povolené na tento účel (IFRS 15.79).

Vykázanie tržieb v časovej súvislosti s plnením záväzkov vyplývajúcich zo zmluvy

Výnosy majú byť vykázané v súvislosti s prevodom kontroly nad aktívami, ku ktorému môže dôjsť v jednom časovom bode, alebo priebežne. Kontrolou sa rozumie schopnosť ovládať alebo získať prakticky všetky benefity, ktoré z daného aktíva plynú, vrátane schopnosti zabrániť iným, aby tieto benefity získali či ovládali. Benefity sa rozumie potenciálny cash flow, ktorý sa dá z aktíva priamo alebo nepriamo získať, okrem iného predajom aktíva, alebo použitím aktíva na výrobu produktov (IFRS 15.31).

Kontakt pre ďalšie informácie



Zuzana Vargová, MBA

audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: zuzana.vargova@roedl.sk

> Možnosti opráv chýb v účtovnej závierke

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Povinnosťou každej účtovnej jednotky je uzatvoriť hospodársky rok účtovnou závierkou a túto doručiť do registra účtovných závierok. V niektorých prípadoch sa stáva, že spoločnosť po odovzdaní účtovnej závierky do registra účtovných závierok zistí, že sa v nej nachádza chyba a túto chce opraviť.

Opätovné otvorenie účtovných kníh je možné len do schválenia účtovnej závierky a to len v prípade, že sa jedná o významnú sumu opravy.

Najvyššie orgány každej spoločnosti sú povinné zasadiť minimálne raz do roka. **Ich povinnosťou je okrem iného aj prerokovať a schváliť účtovnú závierku.** Schválenie účtovnej závierky je potrebné uviesť vo formulári účtovnej závierky, ak toto prebehlo v čase pred podaním ročnej účtovnej závierky do registra účtovných závierok. **V prípade, že spoločnosť uložila ešte neschválenú účtovnú závierku zákon o účtovníctve jej ukladá podať oznámenie o dátume schválenia účtovnej závierky najneskôr do 5 pracovných dní od jej schválenia. Oznámenie o dátume schválenia účtovnej závierky musí účtovná jednotka uložiť do registra najneskôr do jedného roka od skončenia účtovného obdobia, za ktoré sa účtovná závierka zostavuje.**

V prípade, že spoločnosť neuložila dokumenty podľa § 23 zákona o účtovníctve kde patrí i oznámenie o schválení účtovnej závierky, dopustila sa správneho deliktu za ktorý je možné uložiť sankciu.

Podľa zákona o účtovníctve § 16 po zostavení účtovnej závierky nie je možné otvárať uzatvorené účtovné knihy. Do schválenia účtovnej závierky je možné otvoriť účtovné knihy za predpokladu, že ide o významné položky, ktoré majú zabezpečiť pravdivý a verný obraz účtovníctva.

Ak sa zistí po schválení účtovnej závierky, že údaje za predchádzajúce obdobie neboli úplné, alebo sa v nich objavila chyba, účtovná jednotka ich opraví v účtovnom období kedy tieto skutočnosti zistila a uvedie to v poznámkach k účtovnej závierke.

Opravy nevýznamných nákladov a nevýznamných výnosov minulých účtovných období sa účtujú ako účtovné prípady bežného účtovného obdobia na príslušných nákladových či výnosových účtoch z hospodárskej činnosti.

Ak sa jedná o opravy významných nákladov a významných výnosov tieto opravy sa účtujú na účte 428 – Nerozdelený zisk minulých rokov alebo na účte 429 – Neuhradená strata minulých rokov.

Kedy pôjde o významnú, alebo nevýznamnú sumu, to si musí stanoviť spoločnosť sama napr. v internej smernici. Hranica významnosti je vzhľadom na veľkosť spoločnosti u každej spoločnosti iná.

Za opravu chýb sa nepovažuje prehodnotenie opodstatnenosti položiek, ktorých výška bola stanovená odhadom.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znážorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe Dezember 2016
Mandantný list, vydanie december 2016

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Danie

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejnú prezentáciu tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.